

**Änderungsantrag 1**

**Curzio Maltese, Rina Ronja Kari, Marisa Matias, Eleonora Forenza, Martina Michels, Barbara Spinelli, João Ferreira, João Pimenta Lopes, Miguel Viegas, Paloma López Bermejo, Ángela Vallina, Nikolaos Chountis, Fabio De Masi, Sabine Lösing, Marie-Christine Vergiat, Dimitrios Papadimoulis, Kostadinka Kuneva, Stelios Kouloglou, Gabriele Zimmer, Helmut Scholz, Merja Kyllönen, Neoklis Sylikiotis, Takis Hadjigeorgiou**  
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Bericht**

A8-0389/2016

**Milan Zver**

Durchführung von „Erasmus+  
2015/2327(INI)

**Entschließungsantrag****Ziffer 24***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

24. stellt fest, dass die Bürgschaftsfazilität für Studiendarlehen *erst* im Februar 2015, nach Unterzeichnung der Übertragungsvereinbarung mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) im Dezember 2014, eingeführt wurde *und dass sich an diesem innovativen Instrument bislang nur vier Banken in Frankreich, Spanien und Irland beteiligen; bedauert, dass dieses Finanzinstrument bei weitem nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt, da bis dato nur 130 Masterstudierende teilnehmen; fordert eine kritische Bewertung der Bürgschaftsfazilität für Studiendarlehen unter Prüfung der Zweckmäßigkeit und Zugänglichkeit in ganz Europa und fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Abstimmung mit dem Parlament eine Strategie zur Neuzuteilung eines Teils der Haushaltsmittel, die bis 2020 wahrscheinlich nicht genutzt werden, vorzuschlagen; betont, dass der Gesamtverschuldungsgrad von Studierenden überwacht werden sollte, um zu gewährleisten, dass sich die umfassenden Finanzinstrumente des*

24. stellt *mit Bedauern* fest, dass die Bürgschaftsfazilität für Studiendarlehen im Februar 2015, nach Unterzeichnung der Übertragungsvereinbarung mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) im Dezember 2014, eingeführt wurde; *lehnt es ab, dass die Studenten Bankdarlehen aufnehmen müssen, um an Programmen im Rahmen von Erasmus+ teilnehmen zu können; vertritt die Auffassung, dass sich Schulden negativ auf die persönliche Entwicklung und die reibungslose Eingliederung in den Arbeitsmarkt auswirken können, und dass integrative und allgemein verfügbare Finanzhilfen bereitgestellt werden müssen, damit keine Studierenden ausgeschlossen werden, weil sie nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen; fordert die Kommission auf, das System der Mobilitätszuschüsse auszuweiten, um Studierende, die ein Masterstudium in einem anderen Programmland absolvieren möchten, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Herkunft einzubeziehen;*

*Programms in einer höheren Anzahl von  
Personen niederschlagen, die Hilfe  
empfangen;*

Or. en